

Ein Grüner *New Deal* für eine zukunftsfähige Wirtschaft

Analog zur Uno¹ definieren die Grünen den Green New Deal als die politische Antwort auf die Wirtschafts-, Klima- und Nahrungsmittelkrise. In diesem Dokument legen die Grünen die Notwendigkeit und Ausgestaltung eines Green New Deals für die Schweiz dar. Er umfasst die Regulierung der Banken, Förderung einer grünen Wirtschaft und ein Solidaritätsprogramm.

1. Dreifache Krise

Wir erleben die schwerste Finanzkrise seit den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts. In den letzten Wochen sind weltweit einige der größten Banken zusammengebrochen, in den USA wie in Europa wurden milliardenschwere Rettungspakete geschnürt und Teile des Bankensystems verstaatlicht, weltweit sind die Börsenkurse abgestürzt. Mittlerweile hat die Finanzkrise auch die Realwirtschaft erfasst und zu einer globalen Rezession geführt.

Die Krise ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen blinden Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik, die Konsequenz eines weltweit unregulierten kapitalistischen Wirtschaftsmodells, in dessen Rahmen der Globalisierung der Wirtschaft keine Globalisierung der sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen folgte. Nicht ohne Folgen: Die Begrenzung des Klimawandels und die Versorgung aller Menschen auf diesem Planeten mit reinem Wasser und genügend und vielseitiger Nahrung sind die gewaltigsten Herausforderungen dieses Jahrhunderts.

Alle drei Krisen sind das Ergebnis globalen Markt- und Politikversagens und erfordern korrigierende Eingriffe der Politik in Bezug auf die Rahmenbedingungen und Standards, die für die Märkte gelten. Ohne einen tiefgreifenden ökologischen Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft lässt sich weder die Finanz-, noch die Klima- oder die Hungerkrise lösen².

2. Green New Deal für die Schweiz

Nun gilt es, Lehren und politische Konsequenzen aus der Krise zu ziehen – auf globaler, europäischer und nationaler Ebene. Eine Lösung der Wirtschafts- und Finanzkrise ist nur nachhaltig, wenn gleichzeitig die Erdölabhängigkeit überwunden, der Verbrauch von nicht erneuerbaren Ressourcen massiv gedrosselt, die rekordhohen Ausgaben für Rüstung und Krieg stark vermindert und der Reichtum gerechter verteilt werden. Finanzkrise, Klimakrise und Nahrungsmittelkrise verlangen eine gemeinsame Antwort: den Green New Deal.

Der Green New Deal umfasst: (i) eine bessere Regulierung der Finanzwirtschaft, damit diese wieder in den Dienst des Gemeinwohls gestellt wird, (ii) den ökologischen Umbau der gesamten Wirtschaft, damit diese nicht von der Finanzkrise in die Klima- und Ressourcenkrise stürzt sowie (iii) ein Solidaritätsprogramm zu Abschwächung der Folgen der Krisen für die Schwächsten der Gesellschaft.

¹ UNEP (2009) A Global Green New Deal. Edited by Edward B Barbier, Department of Economics & Finance, University of Wyoming, Laramie, WY, USA.

² Diese drei Krisen beinhalten eigentlich sechs benennbare Krisen: Die Finanzkrise hat auch zu einer Wirtschaftskrise geführt; die Klimakrise ist verbunden mit einer durch Verschwendung endlicher Ressourcen verschärften Ressourcenkrise; die Hungerkrise besteht auch aus einer Wasserkrise.

Das grüne Ziel ist, mit einem Green New Deal den ökologischen und sozialen Umbau der Wirtschaft aufzugleisen. Etliche der geforderten Massnahmen sind im Sinne eines Konjunkturpaketes sofort arbeitsplatzwirksam. Die Massnahmen sorgen aber auch für eine langfristig sinnvolle Entwicklung.

2.1 Grüne Regulierung der Banken

- Die Grünen lehnen es ab, die Banken staatlich zu stützen, ohne dass die Finanzwirtschaft gründlich reformiert und wieder in den Dienst der Gesellschaft gestellt wird. Deshalb fordern wir:
- Vernünftige Löhne: Ausgerechnet die Branche, die die höchsten Boni verteilt, produziert das grösste Versagen. Einmal mehr wird damit das Missverhältnis von Lohn und Boni einerseits und tatsächlicher Leistung andererseits aufgezeigt. Die Grünen verlangen deshalb Maximallöhne für die Banken und die gesamte Wirtschaft von einer halbe Million Franken. Wenn ein Manager seinen „Marktwert“ über den Lohn definieren möchte, soll er alles, was über dem Maximallohn liegt, direkt in staatlich anerkannte Projekte für den sozialen Ausgleich oder Umweltschutz auszahlen lassen. Zudem ist eine Lohnschere zwischen unterstem und oberstem Einkommen im Verhältnis von 1:12 vorzusehen, wobei das unterste Einkommen mindestens 66 Prozent des Medianeinkommens betragen muss.
- Reduktion der Spekulation: Die Schweiz soll sich auf internationaler Ebene für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer einsetzen, um so die Spekulationen zu dämpfen und den globalen sozialen Ausgleich zu fördern. Wo möglich sind auch auf nationaler Ebene spekulationseindämmende Massnahmen umzusetzen.
- Soziale und ökologische Mindestkriterien: Die Finanzbranche hat einen grossen Einfluss auf die Realisierung von Investitionen. Damit besteht auch eine Verantwortung, ökologische und soziale Mindestkriterien für Investitionen zu gewährleisten sowie die verschiedenen Investitionen im Bezug auf die Nachhaltigkeit zu bewerten.
- Gewährleistung von Krediten: Die Massnahmen zur Rekapitalisierung der Banken und der Einbruch grosser Finanzinstitute führt zu einer stark eingeschränkten Kreditverfügbarkeit. Damit die Wirtschaftskrise überwunden werden kann müssen Kredite für Investitionen erhältlich sein. Deshalb ist ein Fonds zur Gewährleistung von günstigen Krediten für nachhaltige Investitionen zu schaffen.

2.2 Der Umbau zu einer Grünen Wirtschaft

Die Grünen lehnen Konjunkturprogramme ab, welche nicht zu einer ökologischeren und sozialeren Wirtschaft beitragen und einen höheren Verbrauch von natürlichen Ressourcen mit sich bringen. Wenn die Wirtschaft wieder angekurbelt wird, soll sie in die richtige Richtung entwickeln und nicht in die nächste Krise getrieben werden. Um eine grüne Wirtschaft zu erlangen, sind drei Strategien zentral:

- Grünes Investitionsprogramm für ökologischen Umbau: Mit einem grünen Investitionsprogramm ist einerseits die Rezession abzubremsen, andererseits zu gewährleisten, dass das induzierte Wirtschaftswachstum zu einem ökologischen Umbau der Wirtschaft und zu einer Reduktion der Klimabelastung beiträgt. Dazu sind direkte Investitionen und Investitionsanreize im Bereich Effizienz, Erneuerbare Energie, Verkehr und nachhaltige Landwirtschaft notwendig.
- Weiterbildungs- und Forschungsoffensive: Um den ökologischen Umbau der Wirtschaft zu bewerkstelligen und eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen ist viel

neues, grünes Wissen notwendig. Deshalb ist eine entsprechende Weiterbildungs- und Forschungsinitiative zu starten. Insbesondere ist ein Fonds für nachhaltigkeitsrelevante Bildung- und Weiterbildung sowie ein Forschungsprogramm zum Umgang mit der Multikrise zu schaffen.

- Rahmenbedingungen für eine grüne Wirtschaft: Ein Investitionsprogramm allein für den ökologischen Umbau der Wirtschaft genügt nicht. Viel mehr ist mit „Push and Pull“ Strategien dafür zu sorgen, dass die gesamte Wirtschaft umwelt- und klimaverträglich wird. Dazu sind einerseits die ökologische Steuerreform und Strategien zur Reduktion der Materialintensität der Wirtschaft voranzutreiben (pull). Zudem müssen schrittweise verschärfte Effizienz- und Umweltstandards die rasche Umsetzung fortschrittlicher Technologien garantieren (push). Die ökologische Steuerreform kann über eine Weiterentwicklung der CO₂-Abgabe sowie über die ökologische Differenzierung der Mehrwertsteuer erfolgen.

2.3 Solidaritätsprogramm

Ob Wirtschaftskrise, überhöhte Lebensmittelpreise oder Überschwemmungen und Dürren aufgrund der Klimakrise: Krisen treffen immer die sozial Schwächsten der Gesellschaft. Deshalb ist gerade in Zeiten der Krise die Solidarität endlich zu verstärken und mit einem Programm sowohl national als auch global Verantwortung zu übernehmen:

- National: Solidarität bedeutet die Stärkung der Existenzsicherung. Der Familienpolitik, der Frauenförderung und Unterstützung der Jungen innerhalb der Konjunkturprogramme sowie der Stärkung der Sozialwerke kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Um trotz zunehmender Produktivität für möglichst alle BewohnerInnen Zugang zu Arbeitsplätzen zu ermöglichen, sind diese finanziell zu entlasten (Energie statt Arbeit besteuern) und ist die Arbeit besser aufzuteilen (Förderung der Teilzeitarbeit).
- International: Die Länder des Südens leiden nicht nur unter der Finanzkrise. Die Klimakrise und die Nahrungsmittelkrise treffen diese Länder viel stärker. Durch den Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit, durch den Transfer energieeffizienter Technologien und durch eine konsequente Förderung des fairen Handels ist deshalb für eine Verbesserung der globalen Solidarität zu sorgen.

Verabschiedet durch die Grüne Fraktion der Bundesversammlung, 20. Februar 2009

Letzte Überarbeitung: 9. Juni 2009